Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 109 (2015)

Heft: 4

Artikel: Arbeit menschenwürdig organisieren : ein Gespräch über Care-Arbeit, die SP-Wahlplattform und Varoufakis : Interview

Autor: Wagner, Christian / Hui, Matthias / Madörin, Mascha

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-632192

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neue Wege-Gespräch von Christian Wagner und Matthias Hui mit Mascha Madörin

Arbeit menschenwürdig organisieren

Ein Gespräch über Care-Arbeit, die SP-Wahlplattform und Varoufakis

Die SP veröffentlichte im Februar ihre Wahlplattform 2015. Kommt da zur Sprache, was dich bewegt?

Ich finde unter den zehn Punkten keinen, den die SP nicht vertreten sollte. Aber es ist eine eher trostlose Minimalausmarchung. Meine Frage ist: Was steht nicht drin? Das Kontroverse fehlt: das Verhältnis zur EU, die Migration. Das löste ja am Parteitag auch Debatten aus. Nichts steht drin zu den grossen systemischen Fragen: Die Zukunft der Care-Ökonomie – sie wird mit der Forderung nach flächendeckender Einführung von Kitas und kostenlosen Tagesschulen nur gestreift. Und dann ist die Rede von Chancengerechtigkeit, aber nicht von Geschlechtergerechtigkeit ...

... aber immerhin gibt es das Postulat der Lohngleichheit.

Wir haben in der Arbeitsgruppe zur «Altersvorsorge 2020» von Wide Switzerland eine Berechnung angestellt, die zeigt, dass in Bezug auf die Altersvorsorge die grösste Ungleichheit zwischen Frauen und Männern bei der unbezahlten Arbeit liegt. Dort herrscht Asymmetrie. Die Kindererziehung, die Pflege und Betreuung von Menschen, die dies brauchen, sollte angerechnet werden. In der Schweiz ist die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sehr gross.

Versagt denn auch die SP in deinen Augen?

Ich muss sagen: Wenn ich die Sozialpolitik der SP und der Gewerkschaften in den letzten zwanzig Jahren insgesamt analysiere, war sie wesentlich besser als in vergleichbaren Ländern, etwa in Deutschland. Wenn wir die Eckdaten des Sozialstaates betrachten, hat sich unser Land eher den skandinavischen Ländern angenähert, ausser in Sachen Care-Ökonomie.

Daten sind in der Schweiz ja eigentlich vorhanden. Auch die NZZ berichtete ausführlich über die neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik, wonach in der Schweiz 14 Prozent mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit verrichtet wird und Frauen 62 Prozent dieser unbezahlten Arbeit leisten.

Mascha Madörin
Bild: edition 8

Das Problem ist, wie man sich die Verknüpfung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit denkt. Und wie der Zusammenhang ist zwischen der Care-Öko-

nomie und dem Rest der Ökonomie. Es besteht kein Bewusstsein von dieser Dynamik. Die Gesundheitsstrategie 2020 des Bundes ist äusserst problematisch bei der ambulanten Pflege, der Spitex und der Langzeitpflege. Genau dieser Bereich ist sehr schlecht versichert. Man anerkennt zwar das Problem. Man spricht von notwendiger Solidarität, von der Verbesserung der Bedingungen für Freiwilligenarbeit – als ob in diesem Bereich nicht bereits sehr viel unbezahlte Arbeit geleistet würde, insbesondere von Frauen. Man hofft einfach auf die noch bessere Mobilisierung jener, die umsonst arbeiten. Das wird auf Dauer nicht funktionieren. Alle internationalen Untersuchungen zeigen, dass dies auf ganz viel Schwarzarbeit, auf Arbeit ohne Rechte hinausläuft.

Du ortest Theoriedefizite. Was tun?

Ich bin geprägt von der sogenannten institutionellen Ökonomie, auch von der Analyse der ökonomischen Dynamik im Marxismus. Zuerst sollte man herausfinden, wie der Kapitalismus heute funktioniert und wo gesellschaftliche Brüche entstehen. Was bedeuten diese Brüche für die Care-Ökonomie? Ich finde den Humangeografen und Sozialtheoretiker David Harvey interessant. Er identifiziert 17 Widersprüche, die uns im Kapitalismus blühen. Ich würde auch Parteiprogramme so schreiben: Fragen identifizieren zu Klima, zu Care, usw. Die Wahlplattform der SP, um sie nochmals als Beispiel zu nehmen, ist nicht schlecht, aber sie wäre schon vor zwanzig Jahren gut gewesen. Sie ist keine Antwort auf die riesigen Umbrüche der Zukunft.

Wen soll denn die SP ansprechen?

Im Gesundheitswesen, gerade in der Spitex, sind die Mitarbeiterinnen sauer und empört. Wenn eine linke Partei so etwas nicht aufnimmt... Es geht hier um eine irre Regulierung. Dabei sprechen alle von Deregulierung! Schweizweit kannst du zwei Minuten für das Messen des Pulses und zwei Minuten für das Messen des Blutdrucks abrechnen, insgesamt maximal fünf Minuten. Dabei werden alle gleich behandelt, eine Vierzigjährige nach einem Unfall wie ein alter Mann, der langsam ist und nicht mehr gut hört. Das läuft, wie wenn die ganze Schweiz eine Fabrik wäre. Viele Dinge sind einer Pflegefachkraft nicht mehr erlaubt. Wenn jemand deprimiert im Bett liegt und einen tiefen Puls hat, darf sie ihr keinen Kaffee machen. Das muss eine andere, schlechter bezahlte Person erledigen. Es geht um das Recht auf gute Pflege.

Ich wurde an eine Spitex-Tagung im Kanton Baselland eingeladen – das Gegenteil einer linken Versammlung. Eine Person nach der anderen im Publikum stand auf: «So kann es nicht mehr weitergehen! Wir verlieren nur Zeit mit dem Erfassen der Leistungen, mit der Bürokratie der Krankenkassen!» Das ist der Punkt: Ich als Kranke habe ein Recht auf gute Pflege; aber auch die Pflegenden haben ein Recht darauf, nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten zu können.

SP Wahlplattform 2015

1. Lohngleichheit mit verbindlichen Vorgaben und flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen durchsetzen
2. Mindestquoten für gemeinnützigen Wohnraum garantieren bezahlbare Wohnungen für alle.
3. Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent gewährleistet ein Alter in Würde.
4. Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.
5. Die Börsensteuer stoppt unsinnige Spekulationen und stabilisiert den Finanzmarkt.
6. Die flächendeckende Einführung von Kitas und kostenlosen Tagesschulen führt zu mehr Chancengerechtigkeit.
7. Kindergutschriften sorgen für eine echte Entlastung der Familien.
8. Krankenkassenprämien dürfen höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen.
9. Eine verkehrsberuhigte Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde für mehr Lebensqualität für alle.
10. Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft.

Die Veränderungen im Gesundheitssystem können als Versuch zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität verstanden werden. Woher kommt denn der Druck?

Man sagt den Leuten seit dreissig Jahren, dass die Kosten viel zu stark steigen. Aber die Kosten im arbeitsintensiven Gesundheitswesens werden zwangsläufig immer stärker steigen als das Bruttoinlandprodukt. In einer ersten Phase behauptete man, das Gesundheitswesen sei zu wenig effizient. Das Schweizer Gesundheitswesen kam aber in OECD-Berichten sehr gut weg. Nun erklärt man zunehmend, es würden zu viele Leistungen erbracht. Das System der sogenannten DRG-Pauschalen in Spitälern bedeutet implizit eine Rationierung; dasselbe war mit Budgetpauschalen vorgesehen bei der in einer Volksabstimmung abgelehnten Managed-Care-Vorlage.

Wir müssen nachfragen: Wieso steigen die Gesundheitskosten notwendigerweise stärker als das Bruttoinlandprodukt?

Das ist eine ökonomische Gesetzmässigkeit. Stell dir vor, in der Schweiz hättest du nur Spitäler und Autoindustrie. Die Lohnstruktur wäre in beiden Bereichen ähnlich. Die Autoindustrie ist durch den technischen Fortschritt in der Lage, mit derselben Arbeitskraft viel mehr Autos zu produzieren. Das Gesundheitswesen arbeitet einfach weiter und kann kaum Arbeit einsparen. Historisch hat dies zur Folge, dass die Löhne der Arbeiter erhöht und die Preise gesenkt werden. Im Gesundheitswesen steigen die Löhne auch, weil sie sich anderen Sektoren anpassen, aber der Output ist nicht grösser. Damit wird das Gesundheitswesen teurer und alle müssen weniger lange arbeiten, um ein Auto zu kaufen.

Dann spielt also das Argument des Produktivitätszuwachses als Lohnargument nicht?

Als Argument für die ganze Volkwirtschaft schon. Aber es ist tatsächlich ein Problem. Wenn man will, dass die Löhne der Pflegefachkräfte oder der LehrerInnen gut sind, ist das ein gesellschaftspolitischer Entscheid, der notwendigerweise Formen kollektiver Finanzierung mit sich bringt. Nach dem Zweiten Weltkrieg richtete man an die Bauern Subventionen aus mit der Idee, sie sollten auf ein Einkommen kommen wie Arbeiter. Nun macht eine Studie britischer Ökonomen zu den USA Furore, die besagt, dass Robotik, das heisst Roboter- und Automationstechnologie, in den nächsten zwanzig Jahren nochmals 47 Prozent der Arbeitsplätze zum Verschwinden bringen wird. Wer bezahlt dann das Gesundheitswesen? Die Arbeitsproduktivitäten werden noch weiter auseinanderdriften.

Die klassische Antwort in der Ökonomie wäre ja dann: Minderwertige Arbeitsplätze verschwinden.

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschafter William K. Baumol sagt: Bis in hundert Jahren werden sechzig Prozent des Bruttoinlandprodukts verwendet für das Gesundheitswesen. Im Bereich der anderen vierzig Prozent wird so viel produziert, dass man längst genügend Geld hat, um jedes Jahr ein neues Smartphone zu kaufen und alles andere, was industriell produziert wird.

Aber auch aus linker Perspektive kommen wir nicht darum herum: Wie wird das Ganze finanziert?

Ja, wie organisiert die Gesellschaft in Zukunft Arbeit, die getan werden muss? Das betrifft auch die grüne Wirtschaft. Biolandwirtschaft ist beispielsweise arbeitsintensiver als konventionelle. Wer finanziert das? Für das Gesundheitswesen wird ständig die Illusion von Kostensenkungen und von noch mehr Effizienz und von besserer Steuerung geweckt. Effizienz auf das Geldsparen zu reduzieren, halte ich für zutiefst reaktionär. Wenn die SP eine Rentenerhöhung zugunsten eines Alters in Würde fordert und eine Begrenzung der Krankenkas-

senprämien auf höchstens zehn Prozent des Haushaltsbudgets, dann bedeutet dies, dass der Staat mehr Kosten übernehmen muss.

Gibt es tatsächlich nur die Variante Ausbau der Staatsquote?

Ich denke, im Fall der Schweiz schon, da sie immer noch niedrig ist. Aber es gibt hier kein Dogma. Für mich ist die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom sehr inspirierend. Sie geht von der Frage aus, welche ökonomischen Organisationsformen für welche Bereiche des Wirtschaftens adäquat sind. Aber ich finde es sehr problematisch, wenn die Commons-Idee, das Konzept von Gemeingüter, unbesehen auf die Care-Ökonomie angewendet wird. Pflege ist nicht wie Wassermanagement und nicht wie der Umgang mit knappen Bodenressourcen, es handelt sich um Arbeit von Menschen. In der Care-Ökonomie geht es auch um Kategorien wie Menschenwürde, Freiheit, Entfremdung/Nicht-Entfremdung, Demokratie. Ein Arbeiterrat, der über die Produktion in einer Fabrik entscheidet, kann nicht Vorbild sein für irgend einen Rat, der entscheiden müsste, wie eine alte Person gepflegt wird. Einen Schuh zu produzieren, ist etwas anderes, als ein Kind zu unterrichten.

In der heutigen Entwicklung des Gesundheitswesens sehe ich, allerdings falsche, Parallelen zum 19. Jahrhundert mit dem Übergang vom Handwerk zum Taylorismus, den prozessgesteuerten Arbeitsabläufen. Damals konnte man aber wirklich auf der Grundlage enormer Arbeitsteilung neu Massen von Schuhen in Fabriken produzieren. Diese Art von Taylorisierung zerstört die Pflege. Sie führt zu einer dysfunktionalen Arbeitsteilung und zu einer Verwahrlosung von Menschen, zu einer Art Abfertigungsökonomie wie an Flughäfen.

Interessiert sich die Wissenschaft für diese Arbeitsabläufe?

Es gibt noch kaum eine Arbeitssoziologie zu Care, ganz anders als die riesige Forschung, die im Industriebereich gemacht worden ist. Bei der Analyse der Taylorisierung hat man damals wochenlang gefilmt, wie die Abläufe genau funktionieren. Pflegeprozesse hat man noch nicht im Detail analysiert. Es hält sich nur untergründig das Vorurteil, dass diese Arbeit genauso wie jene von Hausfrauen nicht wirklich effizient geleistet wird. Dahinter steht die Geschlechterfrage: Man denkt, die Hausfrauen und die Pflegenden hätten es schön – sinnvolle Arbeit, Zeit zum Trödeln. Es ist die Arroganz jener, die keine Ahnung haben.

Ist es die Privatwirtschaft, die auf Steuerabbau drückt und dadurch den Kostendruck erzeugt?

Nein, es ist ein vorwiegend politisches Problem. Man wird nicht gewählt, wenn man für Steuererhöhungen oder höhere Prämien plädiert. Länder wie Schweden, die ein besseres öffentliches Gesundheitswesen für die Langzeitpflege haben, setzen über die Sozialversicherungen wesentlich mehr Geld ein. Wir müssen sechzig Prozent der Langzeitpflege selber bezahlen, das ist dramatisch. Spitäler und Spitzenmedizin sind dagegen gut versichert.

Du bist eine Pionierin der Care-Ökonomie. Wie lange arbeitest du nun an diesen Fragen?

Systematisch seit zehn Jahren. Für einen UNRISD-Ländervergleich (UN Research Institute for Social Development) habe ich Daten zur Schweiz geplündert und merkte: Viele Fragen sind ungeklärt. Zum Beispiel die Bedeutung der Care-Arbeit für den Lebensstandard oder ihr Stellenwert für Working poor und für die Einkommensverteilung. Dann begannen mich die Grössenordnungen zu interessieren: Wie viel Arbeit gibt es im Haushalt, wie viel ist bezahlt, wie viel unbezahlt, wie viel wird für die

Kindererziehung, wie viel für die Pflege von alten Menschen geleistet? Wo gibt es in anderen Bereichen wie im Tourismus Care-Arbeit?

Und über das Zahlenbeigen hinaus?

Die Kenntnis von Grössenordnungen sind eine Voraussetzung für ökonomisches Denken. Am stärksten interessiert mich die Dynamik der Care-Ökonomie im Kontext der Gesamtwirtschaft: Wie müssen wir Produktivität verstehen? Wie wird die Finanzierung organisiert? Das Gesundheitswesen und das Bildungswesen haben eine ganz eigene Geschichte. Mit welchen Bildern arbeite ich? Maria Mies und Claude Meillassoux mit ihren Analysen von Dorfgemeinschaften und Subsistenzwirtschaften sind mir als Ausgangspunkt meines theoretischen Denkens näher als die feministisch-marxistische Tradition, die Hausarbeit als Ausbeutung analysiert. Ich finde zwar die Ausbeutungsfrage sehr wichtig, aber wir müssen sozusagen theoretisch vorgelagerte Fragen klären. Schon Marx brauchte ja den Begriff Produktion des Lebens.

Und dann eben die Arbeitsprozesse: Wenn ich die Sache nicht von den Arbeitsprozessen her aufrolle und sie zu verstehen versuche, werde ich keine Antworten finden. Es geht hier um die Personenbezogenheit der Dienstleistung, um eine Beziehung eins zu eins ohne anonymen Markt dazwischen. Entfremdung hat andere Dimensionen als bei Marx, im klassischen Sinn gibt es sie hier nicht. In vielen Bereichen bewegen wir uns noch in einer theoretischen Wüste.

In diesen Tagen beschäftigst du dich sehr mit Griechenland.

Das hat zwei Gründe: Ich habe in den achtziger und neunziger Jahren viel zu Verschuldung gearbeitet und die neoliberalen Wirtschaftsprogramme studiert. Heute erleben wir die Fortsetzung jener Programme. Der «Euroland-Konsens» ist praktisch identisch mit dem damaligen Washington Consensus von IWF und Weltbank, beide sind von den Auswirkungen auf die Menschen her unverzeihlich und wirtschaftspolitisch ein Debakel.

Der zweite Grund hat einen Namen: Ich halte Yanis Varoufakis für einen der interessantesten neuen Wirtschaftstheoretiker. Es gibt heute viele Fragen, zu denen es noch keine Theorietradition gibt und wo er als Vordenker gelten kann. Vor allem, was die Finanzkrise und die Zukunft der Europäischen Währungsunion anbelangt.

Was will denn Varoufakis genau?

Er macht, zusammen mit den Ökonomen Stuart Holland und James K. Galbraith einen sehr überzeugenden Vorschlag, wie die Eurokrise überwunden und ihre fatale Abwärtsspirale gestoppt werden kann, ohne dass vorher jahrelang über die Veränderung der sehr problematischen Architektur der Europäi-schen Währungsunion verhandelt werden muss. Ich diskutierte nie gerne Utopien, sie langweilten mich immer fürchterlich, und deshalb interessieren mich Analysen eines Varoufakis einfach sehr viel mehr.

Die Diskussion aus der Alltagserfahrung oder das Gespräch über Auswirkungen von Wirtschaftspolitik reichen nicht aus zur Analyse. Makroökonomie ist eigentlich das Sichtbarmachen der unsichtbaren Hand – ohne Theorie geht das gar nicht.

Im 19. Jahrhundert formulierten sowohl Adam Smith als auch Karl Marx eine abstrakte Logik des Funktionierens des Marktes – Selbstregulierung beim einen, kapitalistische Produktions- und Verwertungsverhältnisse beim anderen – und eine sehr breite Gesellschaftstheorie. Abstrakte Vorstellungen, wohin sich der Kapitalismus entwickelt und dann bei Marx die Erwartung, dass er zusammenbricht: Das ist 19. Jahrhundert und hat die Linke sehr stark ge-

prägt. Auch in der Krise der dreissiger Jahre haben die Linken (ausser die schwedischen) nicht gefragt, wie sie bekämpft werden kann. Sie sahen nicht die Katastrophe, sondern sie interessierten sich für den Zusammenbruch des Kapitalismus. Zum Teil war das auch in der jüngsten Finanzkrise noch ähnlich.

Und die Griechen heute?

Varoufakis baut auf die historische Erfahrung, dass es in Krisen nicht einfacher ist, linke Politik zu gestalten. Er sieht die Gefahr der ökonomischen Zerrüttung. Das ist auch Keynesianismus, Keynes hatte Angst vor Aufständen. Wir brauchen ein neues Verhältnis zur politischen Frage von Veränderung. Viele Linke haben immer noch diese eigenartige Tabula-rasa-Vorstellung: Alles bricht zusammen, und dann beginnt etwas Neues.

Gibt es heute diese Strömungen wirklich noch?

Ja, sie sind auch in Griechenland da. Das hat auch mit der Gegenseite zu tun. Mit Varoufakis kritisiere ich, dass die Sozialdemokratie von einer Regulierbarkeit des Kapitalismus ausgeht, die auf neoklassischen Theorievorstellungen und einer Art gleichgewichtiger Kontinuität basiert. Die Frage der Regulierung ist auch eine Frage, welche theoretischen Konzepte dahinter stehen.

Ich habe nichts gegen eine Spekulationssteuer, wie sie die SP in ihrer Wahlplattform postuliert, das ist bestens. Aber damit bannst du nicht die Gefahr eines Bankencrashs, und damit ist noch kein Brandschutz zur Verhütung einer Finanzkrise und noch keine Feuerwehr im Fall einer solchen geschaffen. Auch das gehört in ein Wahlprogramm. Die Eigenkapitalquote von Grossbanken müsste beispielsweise etwa fünf Mal höher sein. Die Grossbanken haben in der Schweiz zudem einen viel zu grossen Marktanteil.

Der frühere CEO von Nokia sagte nach der Finanzkrise, die Weltmärkte habe niemand mehr im Griff. Folglich benötigen wir eine Politik, die verhindert, dass in der Krise die Bevölkerungen furchtbare Kosten übernehmen muss und die lokale Wirtschaft kaputtgeht. Das ist eine zentrale Zukunftsfrage. Davon lesen wir bei der SP – immer als unser Beispiel – nichts. Dabei ist die Schweiz das wohl globalisierteste Land dieser Grösse. Was heisst linke Politik in einem derart globalisierten Umfeld? Etwas vom Lokalsten ist die Care-Ökonomie. Sie geschieht hier, personenbezogen. Ich kann zwar schon in Thailand ein Heim für demente SchweizerInnen eröffnen. Aber trotzdem sind langfristig die sichersten Einkommen lokale Einkommen aus der Care-Ökonomie. Das sah vor fünfzig Jahren ganz anders aus.

Gibt es rund um die Griechenland-Krise bereits ein Zusammendenken der neuen makroökonomischen Debatten und der Care-Ökonomie?

Nein, überhaupt nicht. Diesen Anspruch habe fast nur ich. Ich möchte deswegen vor allem zur Austeritätspolitik, der staatlichen Sparpolitik, mehr arbeiten. Kapitalismus heisst ja immer, ökonomische Zwänge, ökonomische Erpressung zu schaffen, diese sind heute enorm gross. Die Regulierung der Eurozone, die Einschränkung der Nationalbanken, die Geldtheorie interessieren mich. Weil dies alles relevant ist für die zukünftige Finanzierung der Care-Ökonomie.

Dann beschäftigen mich die wachsenden Ungleichheiten. Es gibt sie auch in der Schweiz wieder zunehmend regional. Gesundheitspolitische Sparentscheide in Richtung einer Zentralisierung sind oft, was eine Regionalpolitik anbelangt, ökonomisch sinnlos.

Woher kommt dein Antrieb, über Jahrzehnte als Ökonomin dran zu bleiben?

Es ist zuerst intellektuelle Neugier. Ich arbeite einfach sehr gerne als Öko-

nomin. Ausserdem habe ich enorme gesellschaftliche Umbrüche miterlebt, das Massaker in Burundi 1972, das Dimensionen hatte wie später jenes in Ruanda. Ich habe verstanden, was ein Kippen der Gesellschaft bedeutet. Dann die Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit in Mosambik.

Und dann Südafrika: Ich habe erfolgreiche Politik erlebt, die sehr viel mit ökonomischen Analysen zu tun hatte. Auf Jahre hinaus berechneten wir, wann die südafrikanische Regierung in Schuldenprobleme geraten würde, und bauten darauf eine Kampagne auf.

Ich habe gelernt, dass ein Zusammenhang zwischen Analyse und Handlungsfähigkeit besteht. Theorie dient dem Antizipieren. Dieses Wissen fehlt uns heute zunehmend. Auch bei der SP, ausser vielleicht in den traditionellen Bereichen ihrer Sozialpolitik.

Du hast in den Siebzigerjahren in Afrika gearbeitet.

In Mosambik sah ich, dass neunzig Prozent der Wirtschaft ausserhalb des Kapitalismus stattfand. Ich erinnere mich gut an DDR-Ökonomen, die abklären mussten, ob Sozialismus als Programm für Mosambik überhaupt möglich war. Sie erforschten die Arbeiterklasse und kamen zum Resultat, dass sie zwar klein sei, aber grösser als jene in der Sowjetunion zur Zeit der Revolution. Ergo: Wenn die Sowjetunion es schaffte, dann war dies auch für Mosambik möglich. Der Marxismus war manchmal schon sehr komisch.

Du sprichst sehr einfühlsam über Arbeitsprozesse. Woher rührt dieses Interesse?

Mein Vater war kaufmännischer Direktor einer Firma von rund hundert Angestellten. Er wusch am Samstag oft das Auto in der Firma. Ich durfte mit. Er schloss die Fabrik auf, und ich konnte zwischen den Maschinen und im Lager umhergehen. Er erklärte mir, weshalb die Maschinen so und nicht anders angeordnet waren, ich erfuhr das sehr Physische des Arbeitsprozesses in allen Details, er erklärte mir die Ungerechtigkeit der Stechuhren. Wer zehn Minuten zu früh kam, dem wurde die Zeit nicht angerechnet, wer zehn Minuten zu spät war, dem wurde eine halbe oder eine Viertelstunde, ich weiss es nicht mehr, abgezogen. Das interessierte mich brennend. Ich sah den riesigen Unterschied zwischen der Arbeit meiner Mutter zu Hause und derjenigen in der Fabrik. Es wäre übrigens meiner Mutter nie in den Sinn gekommen, das, was sie tat, nicht Arbeit (schaffe) zu nennen.

Dieser Impuls hätte in eine technokratische Richtung gehen können. Dich interessiert aber im Zusammenhang mit Arbeitsorganisation nicht einfach Effizienz, sondern Menschenwürde.

Das hat mit meiner Mutter zu tun. Sie war 95 Jahre alt, als sie ins Pflegeheim umzog. Sie lebte zeitlebens auf dem Land und war stets sehr kommunikativ. Nun berichtete sie, dass die MitarbeiterInnen im Heim kurz angebunden seien und kaum Zeit hätten für einen einen kleinen Witz. Wir Geschwister thematisierten ihre Klagen bei der eigentlich guten Heimleitung. Wir erhielten die Auskunft, dass man dies schon ändern könne, es koste einfach 600 Franken mehr im Monat. Unsere Mutter müsse in die Pflegestufe zwei wechseln, dann nehme man sich mehr Zeit beim Frühstück, leiste mehr Animation undsoweiter. In diesem Moment machte es bei mir Klick: Das also war der Zusammenhang zwischen Ökonomie, Pflegeprozess und der viel thematisierten Kommunikation. Es braucht mehr Zeit! Wir waren mit dem Wechsel einverstanden, trauten uns aber nicht, dies meiner Mutter mitzuteilen. Sie wäre zutiefst verletzt gewesen, dass sie nun bezahlen muss für etwas, was für sie ein Leben lang selbstverständlich war. Die Ausgaben hätte sie als unnötig empfunden. Vierzehn Tage später frag-

ten wir, wie es ihr gehe. «Komisch», antwortete sie, «alle sind viel freundlicher geworden! Sie haben mehr Zeit als am Anfang.» Das ist furchtbar.

Diese Erfahrung beschrieb ich in meinem ersten Aufsatz zum Thema. Ich erhielt darauf sehr viele Anfragen. Ich wollte eigentlich nicht weiter zu Gesundheitsökonomie arbeiten. Aber ich wurde bestürmt und an Tagungen von Pflegefachkräften eingeladen. Ich merkte, dass hier sehr viel Bedarf an ökonomischem Wissen ist. Ständig erhalte ich weitere Anfragen. Ich arbeite sehr gerne mit Fachleuten in einem bestimmten Berufsfeld zusammen. Das Pflegeinstitut in Winterthur (ZHAW) beauftragte mich mit der Studie «Ökonomisierung des Gesundheitswesens – Erkundungen aus der Sicht der Pflege». Sie macht die Runde und wurde gewissermassen zum elektronischen Samisdat.

Es ist ja toll, wenn die eigene akademische Arbeit gebraucht wird.

Das erlebte ich auch in der Südafrika-Arbeit, beim Südafrika-Boykott und bei der Aktion Finanzplatz. Ich produzierte viel Gebrauchswissen für Bewegungen. In jüngerer Zeit hatte ich das Bedürfnis, fünf Schritte zurückzutreten. Ich habe viele alte ÖkonomInnen wieder gelesen. Die Geschichte des wirtschaftstheoretischen Denkens fasziniert mich. Die verschiedenen Kosmen, in denen man denken kann.

Was meinst du mit Kosmen?

Michel Foucault beschreibt anschaulich, wie es zu Verschiebungen im Denken kommt und wie gewisse Dinge unter bestimmten Voraussetzungen gar nicht gedacht werden können. Weshalb ist im feministischen Diskurs vieles so schwierig zu reflektieren, weshalb ist manches im marxistischen Denken oder im Keynesianismus so schwach entwickelt? Das hat zum einen mit Denksystemen zu tun, die gewisse Weiterentwicklungen und Denkweisen fast nicht zulassen, zum anderen mit Erkenntnisinteressen.

Persönlich hängt mein Interesse an verschiedenen Welten auch damit zusammen, dass ich auf dem Land aufgewachsen bin. Meine Familie war auch ziemlich religiös. Ideen von Leonhard Ragaz oder den Freigeldlern wirkten immer noch nach bei meinen Eltern. Das war ein ganz anderer Kosmos als später die Stadt, in die ich kam, dazu in jene der 68er-Bewegung, dann die Welt Ostafrikas. Ich arbeitete auch auf einer Grossbank und in einem privaten Forschungsinstitut, was ich als Erfahrung toll fand. Mich faszinieren Wechsel zwischen ganz unterschiedlichen Kosmen, jeder mit seinen Blindstellen. Es sind halt sonst doch relativ geschlossene Systeme, in denen wir zirkulieren. Die wirtschaftstheoretischen Kontroversen waren Zeit meines Lebens noch nie so interessant wie heute. ●

Mascha Madörin, 1946, Ökonomin, lic.rer.pol., war in den 2000er Jahren in diversen Genderbudget-Projekten involviert und beteiligte sich an einer Forschung der UNRISD (UN Research Institute for Social Development) zur sozialen und politischen Ökonomie von Care. Sie hat an verschiedenen Fachhochschulen zur Sozialen Arbeit und zur Pflege unterrichtet.

mmadoerin@bluewin.ch

Literatur von Mascha Madörin zu Care-Ökonomie:

Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften, in: Christine Bauhardt und Gülay Çaglar (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden 2010, S. 81–104.

Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz, in: Widerspruch Heft 58, 2010, S. 97–108.

Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. in: Denknetz Jahrbuch 2011, S. 56–70.

Die Logik der Care-Arbeit – eine Annäherung, in: R. Gurny / U. Tecklenburg, (Hrsg.). Arbeit ohne Knechtschaft. Bestandesaufnahmen und Forderungen rund ums Thema Arbeit, Zürich 2013, S. 128–145.

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens – Erkundungen aus der Sicht der Pflege. Hrsg. vom Institut für Pflege, ZHAW, Winterthur 2014/15: http://project.zhaw.ch/de/gesundheit/pf-zur-sache.html

Kommentar zu Donaths Artikel aus der Sicht einer feministischen Politökonomin, in: Denknetz Jahrbuch 2014, S. 186–187.